

Doppelzüngige SPD

Großzügig in der Forderung von Ausgaben – kurzfristig wenn es um die Deckung geht

Durch parteipolitische Attacken auf den Bundespräsidenten haben die Sozialdemokraten die Auseinandersetzungen um die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern unnötig verschärft. Bei der Debatte im Bundestag am 27. Juni warf der SPD-Finanzexperte Dr. Möller dem Bundespräsidenten verfassungswidriges Verhalten vor. Nach Ansicht der SPD hätte der Bundespräsident das Haushaltsgesetz 1963 nicht unterzeichnen dürfen, da, wie die Sozialdemokraten meinen, der Haushalt nicht ausgeglichen und so die verfassungsmäßige Voraussetzung nicht erfüllt sei. Sprecher der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion wiesen diesen Vorwurf entschieden zurück und bedauerten die Tatsache, daß nun zum erstenmal im Bundestag am Staatsoberhaupt Kritik geübt worden sei.

Bei der Debatte im Bundestag am 27. Juni ging es um die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern, die alle zwei Jahre neu festgelegt wird. In den vergangenen beiden Jahren betrug der Anteil, den die Länder dem Bund gewährten, 35 Prozent. Die ständig steigenden finanziellen Anforderungen, die an den Bund gestellt werden, machten auch eine Erhöhung des Bundesanteils an dem Länder-einkommen aus diesen Steuern nötig. Bundesfinanzminister Dahlgrün verlangte in diesem Jahr einen Anteil von 40,5 Prozent und für 1964 41,5 Prozent. Die Länder waren aber nicht bereit, mehr als 38 Prozent für 1963 und 1964 zu zahlen. Ein entsprechender Vorschlag des Vermittlungsausschusses des Bundestages und des Bundesrates fand aber nicht die Zustimmung des Bundestages, der sich zwar 1963 mit 38 Prozent begnügen wollte, weil damit der Haushalt ausgeglichen werden könnte, aber für 1964 einen höheren Anteil verlangt.

Diese gelegentliche Praxis des jährlich neu festgelegten Anteils ist nicht neu, wie aus den Äußerungen der CDU-Abgeordneten Dr. Vogel hervorgeht, der in der Debatte erklärte:

„Wenn wir den Vorschlag des Vermittlungsausschusses ablehnen, geschieht es in der Hoffnung, den Ländern die Möglichkeit zu geben – was sie nämlich für 1964 bis jetzt in ausreichendem Umfange noch nicht haben tun können –, anhand des dann vorliegenden Haushaltsplanes für das Jahr 1964 die finanzielle Lage des Bundes erneut zu würdigen.“

Wie groß die jetzt schon voraussehbaren Mehrausgaben allein für den sozialen Bereich im Jahre 1964 sein werden,

läßt sich anhand der anstehenden Gesetzesentwürfe der Regierung und der Fraktionen des Hohen Hauses in etwa überschauen. Ich denke hier besonders an die Kriegsopferversorgung, die Rentenanpassung und das Kindergeld. Über die Erhöhung des deutschen Verteidigungsbeitrages wird gleichfalls wohl unter allen

Ungehöriger Angriff zurückgewiesen

Die SPD vertrat aber die Ansicht, daß in den Bundesetat nur die Einnahmen eingesetzt werden könnten, die sich nach dem Schlüssel von 35 Prozent ergeben, weil, wie bereits angedeutet, der Steueranteil nur für zwei Jahre festgelegt werden könne oder die alte Regelung gelte. Aus diesem Grund sah sich die SPD bemüßt, dem Bundespräsidenten verfassungswidriges Verhalten zu unterstellen. Der SPD-Abgeordnete Dr. Möller behauptete dazu:

„Im Bulletin der Bundesregierung vom 22. Juni dieses Jahres ist festgestellt worden, daß zwar das Haushaltsgesetz 1963 endgültig angenommen worden ist, der Haushaltsausgleich jedoch wegen der noch ausstehenden Entscheidung über das Beteiligungsgesetz noch nicht erfolgt ist. Dieser Tatbestand hat sich, wie die vorangegangenen Erklärungen leider beweisen, nicht geändert. Es ist uns daher nicht verständlich, daß der Herr Bundespräsident das Haushaltsgesetz unterzeichnet hat.“

Nach den erregten Zwischenrufen der Abgeordneten der Koalitionsparteien erwiderte der CDU-Abgeordnete Rasner:

Fraktionen des Hohen Hauses und auch unter den Ländern Einmütigkeit herrschen.

Nicht weniger als dreimal, nämlich 1953, 1954 und 1955, sind in früheren Rechnungsjahren Bundeshaushalte verkündet worden, obgleich der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer noch umstritten war und regelmäßig – in diesen drei Fällen – nach Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes festgesetzt worden ist.

Auch die Opposition sollte ein zwingendes Interesse daran haben, im Hinblick auf ihre eigenen sehr massiven Ausgabeforderungen an den Haushalt 1964 durch die Ablehnung des Vorschlags des Vermittlungsausschusses wenigstens formell die Möglichkeit zu schaffen, mit den Ländern über einen erhöhten Beteiligungsprozentsatz des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ins Gespräch zu kommen.“

„Der Herr Bundespräsident, der in diesem Hohen Hause nicht sprechen kann, der sich in diesem Hohen Hause nicht verteidigen kann, ist in einer, für dieses Hohe Haus einmaligen, in einer ungehörigen Form angegriffen worden. Namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich, daß wir nach den Erklärungen zu diesem Tagesordnungspunkt und vor der Abstimmung die Sitzung für fünfzehn Minuten unterbrechen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, den Ältestenrat während dieser Zeit einzuberufen.“

Freiherr von Kühlmann-Stumm (FDP) erklärte ebenfalls:

„Im Namen meiner Fraktion möchte ich zunächst mit Bedauern feststellen, daß soeben in diesem Hohen Hause an einer Entscheidung des Staatsoberhauptes unzulässige Kritik geübt worden ist. Nach meiner Information ist in den letzten 14 Jahren jedenfalls in diesem Hohen Hause eine solche Kritik an dem Staatsoberhaupt nicht geübt worden.“

Nach der Vertagung der Sitzung ergriff der Abgeordnete Rasner nochmals das Wort und führte aus:

Fortsetzung Seite 2

Doppelzüngige SPD

Fortsetzung von Seite 1

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt mit Bedauern fest, daß weder der Kollege Möller noch die SPD-Fraktion von der empfohlenen Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, mit einer Erklärung hier im Plenum deutlich zu machen, was heute morgen dem Herrn Bundespräsidenten unterstellt werden sollte und was ihm nicht unterstellt werden sollte.

Angesichts der Bedeutung des Vorfalls heute morgen stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest:

Erstens. Wir wiederholen: Bundespräsident Dr. Lübke, der hier nicht sprechen, hier sich nicht verteidigen kann, ist heute morgen in einmaliger und ungehöriger Form angegriffen worden.

Zweitens. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weist die Unterstellungen des SPD-Sprechers als sachlich falsch zurück.

Drittens. Der Bundestag und der Bundesrat haben das Haushaltsgesetz verabschiedet. Der Bundeskanzler hat durch seine Gegenzeichnung die volle politische Verantwortung für die Verkündung dieses Gesetzes mit übernommen. Bundestagsmehrheit, der Bundesrat und damit die Länderregierungen, Bundeskanzler und Bundesregierung hätten sich hier in diesem Hohen Hause sicherlich jeder Kritik gestellt. Daß die SPD ihre Kritik ausgerechnet bei dem Verfassungsorgan begann, das sich hier nicht verteidigen kann, daß sie dem Bundespräsidenten den Vorwurf machte, verfassungswidrig gehandelt zu haben, ohne ihn vorher zu konsultieren, empfinden wir als ungehörlich.

Viertens. Die Verfassungsorgane unseres Staates haben allen Grund, miteinander pflegsam umzugehen. Dieses Gebot ist von der SPD heute gröblich verletzt worden.

Fünftens. Das Urteil über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen steht dem Bundesverfassungsgericht zu und nicht dem Parlament.

Sechstens. Dieses Haus hatte 14 Jahre in der Frage der Einbeziehung des Staatsoberhauptes in politische Diskussionen eine gute Tradition. Die SPD-Fraktion hat heute mit dieser Tradition gebrochen.“

Ohne Rücksicht auf den Haushalt

Das Grundgesetz gebietet, einen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Es waren aber die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich bisher nicht einen Deut um diese Vorschrift des Grundgesetzes kümmerten und seit Jahren im Parlament ohne Deckungsvorschläge Anträge einbrachten, deren Annahme mit zusätzlichen Milliardenbelastungen verbunden gewesen wäre. In früherer Zeit machte es sich die SPD dadurch leichter, daß sie bei jeder von ihr geforderten Mehrausgabe eine Kürzung des Verteidigungsetats in gleicher Höhe verlangte. Im Zeichen des „neuen Kurses“ mußte sie auf diese Art von Deckungsvorschlägen seit einiger Zeit verzichten. Die SPD verzichtete aber nicht auf den Versuch, durch übertriebene Anforderungen an den Bund, den Haushalt durcheinanderzubringen. So hat die SPD seit dem Herbst 1961 bis zum Frühjahr 1963 über die einge-

planten Ausgaben vom Bund weitere Ausgaben in Höhe von mehreren Milliarden DM verlangt. Es waren dies im einzelnen 1,2 Milliarden DM für das 4. und 5. Rentenanpassungsgesetz, für die Förderung der Wirtschaft von Berlin 50 Millionen DM, 160 Millionen DM für die Überbrückungshilfe für Beamte, 1 Milliarde DM für die Kriegsoferversorgung; die Abschaffung der von der SPD geforderten Kaffee-, Tee- und Zuckersteuer hätte dem Bund 1,1 Milliarde gekostet, die von der SPD geforderte Heraufsetzung des Pauschalbetrages für Sonder-

ausgaben hätte für den Bund einen Steuerausfall von 1 Milliarde DM bedeutet, für das Mutterschutzgesetz hatte die SPD 450 bis 500 Millionen DM Mehrausgaben gefordert und für eine einmalige Zahlung an LAG- und Rentenempfänger 60 Millionen DM.

Damit hat die SPD in dem genannten Zeitraum vom Bund Ausgaben in Höhe von über 5 Milliarden DM verlangt, obwohl sie wußte, daß bei der angespannten Haushaltslage jede weitere Ausgabe ein Defizit verursachen und damit die Vorschriften des Grundgesetzes über einen ausgeglichenen Haushalt verletzen würde.

Dem Ganzen verantwortlich

Die CDU/CSU zur bundeseinheitlichen Besoldungsregelung

Mit einer einheitlichen Besoldungsregelung beschäftigte sich der Bundestag in der vorletzten Sitzung vor den Parlamentsferien am 28. Juni 1963. Besondere Beachtung verdient die Stellungnahme des Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Abgeordneten Brück.

Brück legte in seiner Erklärung die Ziele dar, denen sich seine Fraktion bei der parlamentarischen Behandlung dieses Fragenkomplexes verbunden fühlt. Abgeordneter Brück sagte u. a.:

„Den Koalitionsparteien kam es jetzt darauf an, einen Weg zu finden, der uns nicht mit althergebrachten Grundsätzen in Schwierigkeiten bringt. Ich denke insbesondere an die Reichshaushaltsordnung, die natürlich auch beachtet werden muß, und ich denke auch daran, daß wir sicherstellen müssen, daß dieser Antrag (der SPD; er verfiel der Ablehnung, d. Red.) nicht im Widerspruch zu dem grundgesetzlich garantierten Recht der Organisationsfreiheit des Behördenchefs steilt.

Auch wir begrüßen natürlich die Verabschiedung dieses Gesetzes, das eine ganze Reihe von Verbesserungen enthält. In diesem Zusammenhang muß ich aber auf etwas hinweisen. Es ist gesagt worden, daß bestimmte Dinge nicht so dargestellt werden könnten, als wären sie nicht angesprochen worden. Natürlich sind im Ausschuß weitergehende Anträge gestellt worden. Diesen weitergehenden Anträgen, die ein Finanzvolumen zwischen 500 und 600 Millionen DM im Jahr hatten, konnten wir aus der Verantwortung für das Ganze nicht zustimmen. Ich darf auch sagen, daß die Behandlung einiger Probleme zurückgestellt werden mußte, da

diese Probleme wegen der Schwierigkeit der Materie, aber auch wegen ihrer finanziellen Auswirkungen, im Augenblick nicht behandelt werden können.

● Ich möchte drei ganz konkrete Dinge ansprechen. Da ist zunächst das Zusammentreffen von Pension und Rente, jenes in Beamtenkreisen immer wieder erörterte Problem. Dazu darf ich erklären, daß wir nicht daran denken, etwas rückwärts zu revidieren; aber nach vorwärts müssen wir unbedingt eine Korrektur vornehmen, damit wir mit der Situation fertig werden.

● Zweitens darf ich die strukturelle Überleitung der Versorgungsempfänger und drittens noch einmal die Gewährung eines Weihnachtsgeldes ansprechen und für uns erklären: zu gegebener Zeit werden wir uns mit diesen offenstehenden Fragen beschäftigen.

● Nun möchte ich an alle innerhalb und außerhalb dieses Hauses die aufrichtige und aus tiefer Sorge stammende Bitte richten, nicht immer nur das zu sehen, was nicht erreicht ist, sondern sich über das von ganzem Herzen zu freuen, was uns nach der Katastrophe des Jahres 1945 im Laufe der Jahre zuteil geworden ist.

Gerade bei der Verabschiedung dieses Gesetzes, das auch Menschen jenseits der Mauer betrifft, möchte ich an jeden die Frage richten: Was nützt ein verbrieftes Recht, wenn Unfreiheit über das Recht herrscht?“

Abgeordneter Brück erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Erklärung, die er bereits am 24. Oktober 1962 abgegeben hatte. Er zitierte:

„Das bedeutet keinesfalls, daß wir mit dem Erreichten für alle Zukunft zufrieden sein wollen; im Gegenteil, wir sind uns unserer Verpflichtung gegenüber dem öffentlichen Dienst voll und ganz bewußt und werden uns im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten immer für berechnete Wünsche — ich betone ganz besonders die Worte „finanziell möglich“ und „berechtigt“ — mit ganzer Kraft einsetzen. Das, was für uns in der Vergangenheit galt, gilt heute und wird auch in der Zukunft gelten.“

Industrieansiedlung

Wie Staatssekretär Dr. Westrick auf parlamentarische Anfrage erklärte, besteht kein Anlaß zu der Annahme, daß die Bereitschaft der Unternehmer, Industriebetriebe in den strukturschwachen ländlichen Gebieten anzusiedeln, in den letzten Jahren nachgelassen habe.

Nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und des Instituts für Raumforschung hat sich in den wirtschaftlich schwach strukturierten Gebieten während der Jahre 1958 bis 1960 die Zahl der neu angesiedelten Betriebe gegenüber der Vorperiode von 1955 bis 1957 mehr als verdoppelt.

Auf gutem Kurs

Vom CDU-Landesparteitag Schleswig-Holstein

Die Anpassung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an den gemeinsamen Markt und insbesondere die künftige Agrarpolitik waren die Hauptthemen des 15. Parteitages des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein, der am 1. und 2. Juli 350 Delegierte in Bad Segeberg vereinte.

Die Delegierten stellten mit Befriedigung die Tatsache fest, daß Schleswig-Holstein bisher das einzige Bundesland mit einem eigenen EWG-Anpassungsprogramm ist. Ministerpräsident Dr. Lemke teilte in einem Arbeitskreis Einzelheiten über das von der CDU ausgearbeitete Programm mit, das die schleswig-holsteinische Wirtschaft bis 1970 voll wettbewerbsfähig mit der Wirtschaft der EWG-Länder machen wird.

In seinem Rechenschaftsbericht wies der CDU-Landesvorsitzende von Hassel auf die große Aktivität der CDU Schleswig-Holsteins hin, die mit dem ausgezeichneten Ergebnis der Landtagswahl 1962 bewiesen habe, daß „die Kraft unserer CDU ungebrochen ist.“

In seinen weiteren Ausführungen setzte sich von Hassel scharf mit der SPD auseinander, wie es in einem Arbeitskreis auch der Bundestagsabgeordnete Dr. Stoltenberg getan hatte. Er warf der schleswig-holsteinischen SPD vor allem vor, „die öffentliche Meinung gegen uns und gegen Schleswig-Holstein aufzuputtschen“. Als Beispiel nannte er u. a. die Ankündigung des SPD-Landesvorsitzenden, das Schlagwort von Schleswig-Holstein als „braunem Land“ wieder in die Öffentlichkeit zu tragen. Im Bund warf er der SPD in der Verteidigungs- und Außenpolitik Doppelzüngigkeit vor. Über das Godesberger Programm sagte von Hassel u. a.: „Bei diesem neuen Konzept handelt es sich weder um ein Grundsatzprogramm noch um ein Aktionsprogramm, sondern um eine Summierung taktischer Entscheidungen, die dazu bestimmt sind, humanitär verbrämte neue Wählermassen zu gewinnen. Die bewußte Unklarheit erlaubt eine sehr bewegliche Anpassung an Tagesüberlegungen und soll unsere Auseinandersetzung mit der SPD erschweren. Das Ganze kombiniert die SPD alsdann durch systematische Versuche, die Bundesregierung laufend zu diskriminieren und über die sie tragende CDU bewußt ein falsches Bild unserer Absichten und der wirklichen Situation in der Öffentlichkeit zu zeichnen.“

Ministerpräsident Lemke, der nach dem Wunsch von Hassel 1964 zum neuen Landesvorsitzenden vorgeschlagen werden soll, befaßte sich in einer mit starkem Beifall aufgenommenen Rede u. a. mit den Plänen der von ihm geführten Landesregierung für die nächsten Jahre. Er erklärte u. a.: „Mit dem EWG-Anpassungsprogramm sind die Vorhaben der Landesregierung nicht erschöpft. 1963/64 sollen

Für die Wissenschaft

Die Ausgaben des Bundes für Wissenschaft und Forschung sind von 102 Mill. DM im Jahre 1955 auf 1,15 Mrd. DM im laufenden Haushaltsjahr gestiegen. Davon entfallen rd. 400 Mill. DM auf die Bundesleistungen für Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern.

die Finanzausgleichsnovelle, die Gewerbesteuer ausgleichsnovelle, das Getränkesteuergesetz und das Landesverwaltungsgesetz behandelt werden. Zwei sehr wesentliche von uns vorangetriebene Gesetze haben bereits die erste Lesung hinter sich. Ich meine das Pressegesetz und das Rechtsbereinigungsgesetz. Wir bekennen uns zu der Auffassung, daß die Presse eine öffentliche Aufgabe erfüllt und daß von nun an die Presse kraft Gesetz mitverantwortlicher Träger der politischen Entwicklung unseres Volkes wird.“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag, Mentzel, verband seinen Rechenschaftsbericht mit einem Dank der Fraktion an Bundesverteidigungsminister von Hassel, der vor seiner Berufung nach Bonn acht Jahre lang die schleswig-holsteinische Landesregierung geführt hat.

In vier Arbeitskreisen präzisierten die Delegierten ihre politischen Vorstellungen. Im Arbeitskreis II (Raumordnung und Selbstverwaltung) z. B. bekannten sich die Delegierten zur Raumordnung als politischer Aufgabe und forderten die ehrenamtliche Mitarbeit aller Bürger mit dem Ziel, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse für alle Bevölkerungsteile zu verbessern. Im Arbeitskreis III, in dem es um aktuelle Schulfragen und die Lehrerbildung ging, wurden die Angleichung der Volksschullehrergehälter an den Bundesdurchschnitt, die Gründung weiterer Gymnasien, besonders in ländlichen Gebieten, und eine weitere wirksame Vereinheitlichung des Schulwesens vorgeschlagen, um „die Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik tatsächlich zu garantieren“. Der Arbeitskreis IV forderte die CDU auf, „publizistisch stärker als bisher auf die zahlreichen offenkundigen Widersprüche in Programm und Propaganda der SPD“ hinzuweisen.

Zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde mit großer Mehrheit Landtagspräsident von Heydebreck gewählt. Er ist Nachfolger des unlängst verstorbenen Abgeordneten Dr. Gerhard Gerlich.

Unter den zahlreichen Grußtelegrammen erhielt das von Bundeskanzler Adenauer den stärksten Beifall. Adenauer betonte darin, die Richtigkeit der Politik der Landesregierung sei beim Besuch des amerikanischen Präsidenten Kennedy „vor unserem Volk und vor der Welt eindrucksvoll bestätigt worden“. Diese Politik sei von der CDU geprägt und seit 1949 in der Regierung verantwortungsvoll gestaltet und ausgeführt worden. Anschließend hieß es in dem Telegramm: „Der begonnene Kurs muß auch in der Zukunft zielbewußt weiter verfolgt werden, um die Einigung Europas und die atlantische Partnerschaft zu verwirklichen. Die CDU ist vor allen anderen aufgerufen, das begonnene Werk zu vollenden und Voraussetzungen für die Wiedervereinigung in Freiheit und die Erhaltung des Friedens zu schaffen.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

der Zeitbegriff ist bei den Menschen sehr verschieden entwickelt. Das Wort „immer“ z. B. sollte nach deutschem Sprachgebrauch ausdrücken, daß ohne Unterbrechung und ohne Ausnahme ein Standpunkt oder eine Handlung seit Beginn eines Zeitraumes vertreten, „immer“ vertreten worden ist. Für die SPD scheint es eine wesentlich andere, eine sehr verkürzte Bedeutung zu haben. Im offiziellen SPD-Pressedienst war nämlich am 26. 6. aus der Feder des Sprechers der Partei, Barsig, zu lesen, die SPD habe sich „immer zur europäisch-atlantischen Partnerschaft auf allen Gebieten ausgesprochen“. Mehr noch: sie habe „damit lange Zeit allein auf weiter Flur gestanden.“

Ein hartes Schicksal, mit einer so klugen und geradezu lebensrettenden Idee wie der Entscheidung für die Verteidigungsgemeinschaft und die Partnerschaft der freien Welt „allein auf weiter Flur“ zu stehen, gegen den fanatischen Widerstand einer unvernünftigen Opposition! Man denkt darüber nach, wann das etwa der SPD widerfahren sein möchte?

1949 fiel die erste, die wegweisende Entscheidung. Aber das „immer“ des SPD-Pressedienstes umfaßt dieses Jahr nicht, denn damals noch nannte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher Adenauer wegen seiner Entscheidung höhnend „Kanzler der Alliierten“. Das „immer“ umfaßt auch nicht das Jahr 1955, in dem der SPD-Vorsitzende Ollenhauer in Aschaffenburg erklärte, man könne von der Außenpolitik der Bundesregierung den Eindruck haben, als sei sie eine Außendienststelle der Amerikaner! Das „immer“ umfaßt nicht einmal das Wahljahr 1957, in dem der SPD-Abgeordnete Heinz Kühn in Köln über die Ziele der SPD erklärte: „Das Wehrgesetz wird aufgehoben und ein Rekrutierungsstopp erklärt werden. Ein weiteres Ziel wird dann ein Maximum an Unabhängigkeit von den USA sein.“

Bis vor nicht allzu langer Zeit also hat sich die SPD „immer“ gegen Bündnis und Partnerschaft mit der freien Welt und den USA und nicht dafür ausgesprochen. Es ist sehr zu begrüßen, daß sie sich unter dem Eindruck der erfolgreichen Politik der Unionsparteien zu einer Kehrtwendung entschlossen hat und das deutsche Volk dem amerikanischen Präsidenten in der vergangenen Woche überzeugend dartun konnte, es stehe geschlossen hinter der Bündnispolitik, die die Regierung Adenauer vor so vielen Jahren eingeleitet hat. Nur stelle man die Dinge nicht auf den Kopf angesichts der Tatsache, daß es die SPD war, die so lange auf dem Marsch zur westlichen Partnerschaft den falschen Tritt mit dem linken Bein hatte!

Ihr Konrad Kraske

Impuls für Europa

Christlich-demokratische Fraktion im Europa-Parlament machte Vorschläge

Der amerikanische Präsident Kennedy hat bei seinem Besuch in der Bundesrepublik von der „Weltmacht Europa“ gesprochen und zur Realisierung dieser Macht seine Hilfe angeboten. Fast gleichzeitig mit dieser Erklärung berieten die Abgeordneten des Europa-Parlaments in Straßburg über ihre zukünftige Arbeit, die demselben Ziel dient.

Bereits in Nr. 25/63 dieses Informationsdienstes war über die Tagesordnung der Juni-Sitzung des Europa-Parlaments berichtet worden. Es wurden Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit der EWG-Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft sowie der Hohen Behörde für Kohle und Stahl vorgelegt. Prof. Furler, Vizepräsident des Parlaments und Mitglied der christlich-demokratischen Fraktion, schlug in einem ausführlichen Bericht die Erweiterung der Befugnisse des Parlaments vor; ein auf diesem Bericht basierender Entschließungsantrag fand bei Ablehnung durch die liberale Fraktion Zustimmung durch die Mehrheit des Hauses.

Prof. Hallstein, Präsident der EWG-Kommission, gab in seinem Rechenschaftsbericht den Hinweis, die erreichten Ziele und die zukünftigen Planungen ließen erkennen, daß die Europäische Gemeinschaft sich auch in Zukunft nach zwei Seiten orientieren werde: auf der einen Seite eine weltoffene Haltung einzunehmen und einen Beitrag zu weltweitem Handelsaustausch zu leisten sowie auf der anderen Seite unbeirrt auf dem Weg zur Verwirklichung des Binnenmarktes fortzuschreiten.

Mit Befriedigung konnte der EWG-Präsident feststellen, daß bereits drei Fünftel des Weges zur vollen Zollunion zurückgelegt seien, und das noch bevor die halbe Übergangszeit verstrichen ist.

Die Außenbeziehungen der Gemeinschaft haben sich ebenfalls günstig entwickelt: nach der Assoziation Griechenlands ist nun der Vertrag mit der Türkei paraphiert worden, Gespräche mit Österreich haben begonnen und ebenso mit Israel. Sorge bereitet noch die Tatsache, daß der Ministerrat zwar großen Teilen des von Bundesaußenminister Dr. Schröder vorgelegten Arbeitsplans zugestimmt hat, aber die Passagen ausklammerte, in denen weitere Kontakte mit Großbritannien vorgeschlagen wurden. Prof. Hallstein gab bekannt, daß man versuchen werde, die Ergebnisse beiderseitiger Verhandlungen die noch vor dem Abbruch erzielt worden sind, besser auszunutzen.

In der Antwort der christlich-demokratischen Fraktion auf die Rechenschaftsberichte wies ihr Sprecher, der Italiener Battista, darauf hin, daß man trotz unbestreitbarer Erfolge noch nicht sagen könne, die Gemeinschaft sei einzig, gefestigt und dynamisch oder sie sei in der Lage, ihre Verantwortlichkeit in der Welt zu tragen. Man müsse deshalb einen großen Schritt nach vorn tun.

Dieser Forderung entsprachen Vorschläge, wie sie von dem christlich-demokratischen Abgeordneten Prof. Furler dargelegt wurden. Prof. Furler beabsichtigt, die Befugnisse des Parlaments zu vergrößern und damit den Abgeordneten zu größerem Ansehen und besseren Arbeitsergebnissen zu verhelfen. U. a. fordert er eine engere

Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und den europäischen Exekutiven (EWG, Euratom und Montanunion), eine Erweiterung

des Konsultationsrechts, eine Ratifizierungsbefugnis bei internationalen Abkommen, eine stärkere Kontrolle des Haushalts, die Wahl der Mitglieder des Gerichtshofs durch das Parlament und endlich die direkte Wahl der Abgeordneten.

Prof. Hallstein versprach in seiner Entgegnung, die Wünsche des Parlaments zu berücksichtigen. In einer Reihe von Punkten gab er bereits feste Zusagen. Es verdient Beachtung, daß die Impulse zur Stärkung des Europa-Parlaments von der christlich-demokratischen Fraktion ausgegangen sind; ihr schloß sich die sozialistische Fraktion an, während die liberale Gruppe die Zustimmung verweigerte.

Merten dementiert alles

CDU/CSU: „Nichts anderes als ein Rückzieher“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Merten hat nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch zweifelhafte Äußerungen über den Fahneid erneut seine Qualifikation als stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses in Frage gestellt. Bundesverteidigungsminister von Hassel sah sich zu einer scharfen Entgegnung gezwungen.

Nach einer Information des Bundesverteidigungsministeriums soll Merten am 25. Mai vor der wehrpolitischen Hochschulgruppe der Universität Frankfurt in Haus Einsiedel bei Darmstadt gesagt haben: „Eidbruch hat keine Folgen, ein solches Gelöbniß hat keinen Sinn.“ Merten hat dementiert, einen solchen Satz geäußert zu haben. Demgegenüber stellt das Bundesverteidigungsministerium fest, daß zwei voneinander unabhängige Zeugen Mertens Erklärung bestätigen können.

Aus Sorge um die inneré Geschlossenheit der Bundeswehr hat von Hassel in einem Fernschreiben an Merten erklärt:

„Ihre Äußerung ist angetan, das unabdingbare Prinzip von Befehl und Gehorsam für den militärischen Bereich in Frage zu stellen, weil die im Gesetz verankerten Pflichten des Soldaten mit der feierlichen Leistung vom Eid und Gelöbniß eng verknüpft sind.“ Die Aufgabe der Eingliederung der Bundeswehr in den demokratischen Staat könne nicht gelöst werden, wenn Merten als stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungs-Aus-

schusses den jungen Soldaten in seiner Pflichterfüllung gegenüber Staat und Volk unsicher mache.

In einem Antwortschreiben hat Merten es zurückgewiesen, die ihm unterstellte Äußerung gemacht zu haben.

In einer Erklärung stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu fest:

„Das Antwortschreiben des SPD-Abgeordneten Merten bedeutet nichts anderes als ein Rückzieher. Man hätte erwarten dürfen, daß Merten sich bei einer so schwierigen Problematik präzise und unmißverständlich ausgedrückt hätte. Es ist festzustellen, daß der SPD-Abgeordnete Merten wiederholt durch unpräzise oder wichtigtuierische Erklärungen Aufsehen erregt hat. Wer an so verantwortungsvoller Stelle in der Parlamentsarbeit steht wie Merten, sollte bei seinen Erklärungen größere Vorsicht walten lassen. An die SPD-Fraktion ist in diesem Zusammenhang die Frage zu stellen, wie lange sie noch einen so umstrittenen Politiker wie Merten in seiner Position im Verteidigungsausschuß belassen will.“

Ministerwechsel in Düsseldorf

Franken neuer Wohnungsbauminister

Zum Nachfolger des zurückgetretenen Ministers für Landesplanung und Wohnungsbau, Josef Blank, hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers den früheren Staatssekretär Joseph Paul Franken berufen.

In der vergangenen Woche ist der Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten, Josef Blank, von seinem Amt zurückgetreten. Blank hatte den Rücktritt mit seinem angegriffenen Gesundheitszustand begründet, zu dessen Wiederherstellung er einer längeren Erholung bedürfe. Blank hält es jedoch für verfehlt, ein so wichtiges Ministerium für eine längere Zeit ohne Führung zu lassen und bat deshalb um seine Entlassung. Ministerpräsident Meyers hat dem Wunsch Blanks entsprochen und ihm gleichzeitig für seine Arbeit gedankt.

Zum neuen Landesminister für Wohnungsbau hat Ministerpräsident Meyers den früheren Staatssekretär im Finanzministerium Joseph Paul Franken berufen. Minister Franken gilt als profilierter Fachmann, der als Verwaltungsjurist, Bau- und Siedlungsspezialist einen guten Namen hat. Er bearbeitete schon 1930 unter Reichsarbeitsminister Stegerwald das landwirtschaftliche Siedlungswesen und den sozialen Wohnungsbau. 1950 wurde er zum Präsidenten des Landesiedlungsamts von Nordrhein-Westfalen ernannt. Von 1951 bis 1956 war er Staatssekretär im Landesfinanzministe-

Weg von der Wohnungsnot

Ab 1. August Freigabe der Mieten des Althausbesitzes

„Ich glaube, daß dieses Gesetz mit zu den wichtigsten Sozialgesetzen gehört, die wir in der Nachkriegszeit verabschieden durften“, erklärte Bundeswohnungsbauminister Lücke aus Anlaß der Dritten Beratung des Wohnbeihilfegesetzes und des sozialen Mietrechts im Deutschen Bundestag.

Im einzelnen gab Bundesminister Lücke bekannt, daß inzwischen in 397 Landkreisen und kreisfreien Städten der rechnerische Wohnungsfehlbestand auf unter 3 v. H. gesunken ist. In dieser Zahl sind etwa 260 Kreise enthalten, die bereits einen rechnermäßigen Wohnungsüberschuß haben. Der Minister teilte weiter mit, daß noch in diesem Jahr die siebenmillionste Nachkriegswohnung fertiggestellt wird. Darunter sind zwei Millionen Familienheime.

Mit der Freigabe der Mieten des Althausbesitzes in den 397 sogenannten „weißen Kreisen“ ist der erste Schritt zur Beseitigung des ungerechten und unsozialen Drei-Klassen-Mietrechts getan.

Worum geht es im einzelnen bei dem Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und ein soziales Mietrecht? Es geht um den Abbau der Wohnungsnot. Die Voraussetzung hierzu ist aber die Überführung des Wohnungswesens in die soziale Marktwirtschaft. In einer Stellungnahme zu dieser Frage wies der Bundeswohnungsbauminister darauf hin, daß junge Ehepaare, Rentner und kinderreiche Familien oft auf teure frei finanzierte Wohnungen angewiesen sind. Dabei stellte er die Frage, ob es sozial sei, daß in zahlreichen Fällen — man spricht von über 200 000 — Mieter eine mit öffentlichen Mitteln verbilligte Sozialwohnung bewohnen, das Einkommen dieser Mieter aber schon seit langem die Grenze überschritten hat, für die diese Wohnungen gebaut wurden. Er wies auch darauf hin, daß das bisherige Mietrecht dazu geführt habe, daß kinderreiche Familien benachteiligt werden, während hunderttausende Alleinstehende Mehrraumwohnungen des Althausbestandes wegen billigen Miete blockieren.

Eine echte Partnerschaft

Es geht bei dem neuen Gesetzeswerk aber auch um den Abbau der volkswirtschaftlichen Unvernunft, unter der zahlreiche Althausbesitzer leiden. Darunter sind viele Arbeiter und Rentner, die bisher keine kostendeckende Miete erhalten konnten. Bundeswohnungsbauminister Lücke bezifferte das Vermögen der gesamten Wohnungswirtschaft mit 320 Milliarden DM. In diesem Zusammenhang erklärte er, daß Zwangswirtschaft und unter die Kosten gedrückte Mieten bei unkontrollierter Entwicklung der allgemeinen Kosten einen laufenden Substanzverlust erzeugen. Dieser Schaden geht aber zu Lasten der gesamten Volkswirtschaft.

Mit dem neuen Mietrecht soll aber auch ein Abbau von Vorurteilen bei Hauseigentümern und Mietern erreicht werden. Der Weg zu einer echten Partnerschaft ist damit geebnet.

Die eingeleitete Wende in der Wohnungswirtschaft wird eingeführt durch ein System von individuellen Miet- und Lastenbeihilfen, die jeder Familie die benötigte Wohnfläche in der Wohnung oder im Eigenheim wirtschaftlich sichert. Damit wird auch die Furcht vor unverschuldeter Not abgebaut, die in früheren Zeiten nicht

Fernsehen und Hörfunk

Je preiser gekrönt ...

Der Chronist zählt zu den vereinzelt Journalisten, die im Vorjahr der ersten, inoffiziellen Berliner Fernsehfilmschau im Rahmen der Filmfestspiele zuschauten, von harten Stühlen, einer im ursprünglichen Wortsinn Unzahl von Filmen und einer kärglichen Organisation gepeinigt. Vor zwölf Monden ward man angesichts verheißungsvoller Eröffnungsansprachen gutwillig gestimmt und konnte hoffen, daß das Festival künftig als offizieller Wettbewerb anerkannt werden würde und man über Unzulänglichkeiten hinwegsehen könnte. Aber auch in diesem Jahre blieb das Festival gleichsam fünftes Rad an der Karosse der Filmfestspiele, es ist noch immer nicht anerkannt und sein Widerhall in der Öffentlichkeit kaum vernehmbar. Die Gründe dafür seien hier nicht samt und sonders dargelegt, sie sind zu spezieller Natur. Einige Anmerkungen aber seien erlaubt. Als einzige Konsequenz des Mißerfolgs vom vorjährigen Festival hatte man beschlossen, dem Vorschlag des österreichischen Fernsehleiters Freund zu folgen und den Wettbewerb unter ein Motto zu stellen, unter das Motto „Freiheit und Gerechtigkeit“. Die 20 beteiligten Länder hatten offenbar nichts zu diesem Thema anzubieten, und so blieben im Grunde nur deutsche Beiträge für den Sonderpreis zur Auswahl. Wie wohlklingend das Motto auch ist, die Jury und Auswahlkommission mußten gewiß sein, daß für dieses Thema Haiti und Venezuela, Neuseeland oder Uruguay, Mexiko oder der Iran, Kanada oder die Schweiz es schwer haben würden, einen passenden Beitrag zu finden.

Als das Debakel denn auch offenbar wurde, versuchte man, den Ruf des Festivals zu retten und stellte ihn allgemein unter das Thema der Völkerverständigung. Warum weitete man das Thema nicht rechtzeitig zum Beispiel auf „Zeitdokumentation“ aus? Die meisten internationalen TV-Festivals sind spezialisiert, aber auf große Komplexe und gewinnen so ihre Bedeutung. Statt dessen konnte man in Berlin von Maurice Chevalier über Europas Mittelstürmer, von Napoleon bis zur New Yorker Funkstreife ein verwirrendes Panoptikum betrachten, das die wägenden Vergleichsmöglichkeiten der Jury natürlich behinderte. Nun, bei einer Pressekonferenz

selten zum Verlust der Wohnung oder zum Verlust des Eigentums am Haus geführt hat. Durch die Wohnbeihilfen ist vor allem den kinderreichen Familien die Sorge um die wirtschaftliche Erhaltung ihres Heims genommen. Auf die Wohnbeihilfe besteht ein Rechtsanspruch. Es handelt sich dabei nicht um eine Sozialhilfe. Das Wohnbeihilfegesetz, das ebenso wie das gesamte soziale Mietrecht für alle Wohnformen gilt, kann nur zusammenhängend betrachtet werden. Das soziale Mietrecht, daß mit dem Inkrafttreten am 1. August im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert wird, wird damit zu einem wichtigen Bestandteil der von der Bundesregierung angestrebten Gesellschaftsordnung, die ein optimales Maß an Freiheit für jeden gewährleistet.

wurde delphisch orakelt, es gäbe auch bei den ausländischen Beiträgen einige, die dem genannten Motto entsprächen. Nach schleichendem Siechtum und stillem Hinscheiden der acht Festivaltage mußten die Preisrichter jedoch eingestehen, erhebliche Schwierigkeiten gehabt zu haben, überhaupt etwas Auszeichnungswürdiges zu finden. Der erste Preis blieb im Kasten und die Jury, die Schwächen erkennend, formulierte Empfehlungen, die befolgt werden sollten, wenn das Berliner Festival gerettet werden soll. Die Fachpresse wird sich noch mit dem Mißerfolg beschäftigen, hier ist nur der Schelmenstreich zu vermelden, den die Kommission bewogen hatte, die Liveübertragung des Kennedybesuchs in Berlin als offiziellen deutschen Beitrag aufzuführen (und abends dann den mexikanischen Beitrag vom Kennedy-Besuch in Mexiko dreinzugeben).

Allein den Statuten nach ein anfechtbarer Entschluß, der nur nachträglich durch die Großartigkeit dieser Übertragung gerechtfertigt wurde. Der SFB und das Mainzer Fernsehen hatten in Berlin 35 Kameras für die Berichterstattung eingesetzt, der Besuch des Präsidenten wurde über Eurovision in 14 Länder übertragen. (Insgesamt waren während der mehr als 12 Stunden Direktsendungen vom Deutschlandbesuch Kennedys 51 Kameras, 11 Übertragungswagen, Hub-schrauber, drahtlose Kameras, der Telstar und etwa 400 Ingenieure, Kameraleute und Techniker eingesetzt.) Die Berichterstattung aus Berlin mit all ihren technisch hochkomplizierten Problemen waren eine erstaunliche, nicht genug zu würdigende Leistung, journalistisch wie technisch.

Die in den Pausen eingeblendeten Filme und Karten, die Flexibilität bei Pannen und besonders das politische Verständnis der Kommentatoren, der stets merkbare Blick auf die Millionen ausländischen Zuschauer, das alles verdiente durchaus den Sonderpreis „Freiheit und Gerechtigkeit“ der Jury. Angesichts dieser Leistung, für die der Leiter der Aktuellen Redaktion des SFB, Harald Karas, verantwortlich zeichnete, kann man dem Deutschen Fernsehen jene Mängel vergeben, die bei der Übertragung des Besuchs von General de Gaulle offenkundig waren.

R.

Mehr Mitarbeit nötig

Evangelischer Arbeitskreis Württemberg tagte in Esslingen

Als „heilsame Unruhe um der Union willen, in aufbauendem Geist und mit dem Blick in die Zukunft“ bezeichnete Staatsminister a. D. Dr. Flehinghaus auf der Württemberger Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Esslingen, das Wesen dieser Arbeitskreise.

Die Tagung unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Dehringer stellte die Frage: „Was können wir für die Sauberkeit in der Politik tun?“ Minister Flehinghaus ging — wie er sagte, an einem Wendepunkt der Entwicklung — davon aus, daß bisher alle Fragen in der Bundesrepublik vorwiegend vom Wohlstand und der Sicherheit aus behandelt seien. Jetzt müßten Ziele geboten werden, die auch der Jugend es lohnend erscheinen ließen, in der Politik sich auszuzeichnen. Die Epoche des Wirtschaftsaufbaues sei zu Ende. Wir könnten mit Recht uns bewußt sein, daß Großes geleistet wurde. Am Anfang einer neuen Epoche müßten wir aber überlegen, ob das Verwalten öffentlicher Macht so bleiben könne wie bisher, auch im Umgang mit der Opposition und den Menschen der eigenen Partei. Flehinghaus forderte Wahrhaftigkeit in der Politik und in noch größerem Umfang die Gewinnung politischen Vertrauens durch Offenheit und Respektierung des Pluralismus in Gesellschaft und Staat. Er wies mit Thielicke auf die Aufgabe hin, die Freiheit, auch

die der Anderen, zu schützen. Die Evangelischen forderte er zur stärkeren Beteiligung am öffentlichen Leben auf, um eine breitere Schicht der Mitarbeiter aus diesen Kreisen zu schaffen.

Als Grundsätze des politischen Stils wurden u. a. verlangt: Entscheidungen nach dem Gewissen, auch das Wagnis unpopulärer Entscheidung, keine Gefälligkeitspolitik, nicht nur Versprechungen im Wahlkampf, sondern Aufruf auch zu Pflichten und Opfern, keine persönlichen Diffamierungen, offenes Eingeständnis begangener Fehler, Verzicht auf Ämterhäufung und einsichtsvolle Ausübung der als Auftrag gegebenen Macht.

In den Vorstand des Landesarbeitskreises Württemberg wurden gewählt: Rechtsanwalt Arved Deringer, MdB, Ministerialdirigent Dr. Autenrieth, Diakon Auer, Biberach, Pastor Haug, Freudenstadt, Gerhard Schlosser, Bad Doll, Ingenieur Heinrich Maurer, Ebingen, Stadträtin Zweigle, Reutlingen, Vikar Eberle, Tübingen, Freiherr von Woellwarth, Eßlingen.

Vorausschau notwendig

CDU-Landtagsfraktion in Hessen fordert 5-Jahres-Investitionsplan

In Hessen hat die CDU-Landtagsfraktion in einem Antrag die sozialdemokratische Landesregierung aufgefordert, zusammen mit dem Haushaltsplan für das Jahr 1964 einen 5-Jahres-Investitionsplan für alle Ressorts der Landesverwaltung vorzulegen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Dr. Erich Großkopf, hat dazu erklärt, die CDU gehe dabei von der Tatsache aus, daß die gegenwärtig zu beobachtende Konjunkturüberhitzung besonders in der Bauwirtschaft nicht zuletzt durch zu hohe Investitionsquoten der Länder und Gemeinden verursacht worden ist. Er wies darauf hin, daß die hessische Landesregierung die Schuld hierfür dem Bund zuschiebe. Tatsachen, insbesondere Zahlen, beweisen jedoch, daß die Vorwürfe der SPD unbegründet sind. In diesem Zusammenhang gab Dr. Großkopf zu bedenken, daß die Bundesregierung bereits aus dem Bauvolumen des Bundes 300 Millionen DM gestrichen hat, damit der Etat ausgeglichen werden konnte.

Die konkrete Idee des Antrags der hessischen CDU-Landtagsfraktion ist es, die vielen vorliegenden Projekte und Bauanträge in eine fünf Jahre andauernde Ordnung zu bringen. Damit würde ausgeschlossen, daß die hessische Landesregierung weiterhin unrealen Pläne aufstellt, die das Haushaltsvolumen unnütz aufblähen. Es habe sich auch gezeigt, sagte Dr. Großkopf, daß in den Gemeinden bereits die Grenze der Bauwirtschaftskapazität erreicht ist.

Es ergibt sich also, daß jetzt überlegt werden muß, wie in längeren Zeiträumen

die Mittel zu investieren sind, die jetzt und für das kommende Jahr bewilligt werden sollen. Selbstverständlich soll dieser Plan immer wieder überarbeitet werden, wenn dies bei der Verteilung der Mittel erforderlich wird. Der Plan der CDU, der die gegenwärtige Konjunkturlage berücksichtigt, hat eine erhebliche antizyklische Wirkung.

Schließlich soll die beabsichtigte Planung gewährleisten, daß die Bürger, die nur über begrenzte Eigenmittel verfügen, mit ihren Eigenheimbauvorhaben bald zum Zuge kommen und nicht durch übertriebene Investitionen in Land und Gemeinden geschädigt werden.

In diesem Zusammenhang hat die CDU darauf hingewiesen, daß der hessische Ministerpräsident Zinn in seiner letzten Regierungserklärung von einem „Großen Hessenplan“ gesprochen hat. Dabei hat er eine Darstellung der für den „Hessenplan“ zugrunde liegenden Gedanken nicht gegeben. Von der CDU ist dies in der Erwiderung zur Regierungserklärung bereits kritisiert worden. Mit ihrem Antrag will die CDU-Landtagsfraktion hierzu einen positiven Beitrag leisten, selbst auf die Gefahr hin, daß die von ihr geleistete Arbeit später wiederum mit einem „sozialdemokratischen Gütezeichen“ versehen wird.

Die Arbeit des Bundestages

Der Bundestag ist am vergangenen Freitag für drei Monate in die Ferien gegangen. Die erste Plenarsitzung nach der Sommerpause findet am 9. Oktober statt. Eine Tagesordnung hierfür ist noch nicht festgelegt. Der Ältestenrat des Bundestages tritt am 2. Oktober zu seiner nächsten Sitzung zusammen.

Die ersten beiden Jahre der Legislaturperiode haben die Abgeordneten mächtig in Atem gehalten. Durch die langen Auseinandersetzungen um die Regierungsbildung im Jahre 1961 und die Koalitionskrise im vergangenen Winter war schon ein Teil der Arbeitszeit des Parlaments verlorengegangen. Um so mehr mußten sich die Abgeordneten in den übrigen Monaten auf die reine Gesetzgebungsarbeit konzentrieren. Immerhin wurden in der ersten Hälfte der Legislaturperiode 141 Gesetzesvorlagen verabschiedet. Darunter befinden sich natürlich eine Reihe von Abkommen oder Verordnungen, aber auch eine große Anzahl wichtiger Materien.

Als die bedeutendsten sind anzusehen: Das Baustoppgesetz, das 3. Besoldungsänderungsgesetz (6 % mehr für Beamte), der Haushalt 1962, eine Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, eine Anpassung der Renten der Kriegsofferversorgung (Überbrückung), eine Änderung der Altershilfe der Landwirte, die 16. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, das erste Knappschaftsrentenänderungsgesetz, das 4. und 5. Rentenanpassungsgesetz, das umfangreiche Unfallversicherungsneuregelungsgesetz, das Bundesurlaubsgesetz, die Änderung des Wehrpflichtgesetzes (Heraufsetzung auf 1½ Jahre), die Änderung des Wehrsoldgesetzes, der Haushalt 1963, der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, das Gesetz über Rationalisierung im Steinkohlenbergbau, die Verlängerung des Baustoppgesetzes, das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, das Gesetz über die Änderung mietrechtlicher Vorschriften, das Wohnbeihilfengesetz, die Änderung der Fristen zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, die Harmonisierungsnovelle (Verbesserungen insbesondere für die kleinen Bundesbeamten).

Eine Reihe wichtiger erster Lesungen hat ebenfalls stattgefunden. So zum Beispiel die des Sozialpakets, des Flüchtlingsgesetzes, des gesamten Komplexes der Notstandsgesetzgebung mit der Grundgesetzänderung und den Einzelgesetzen, die erste Lesung der vier Kriegsoffernerneuerungsgesetze, der Entwurf eines Vereinsgesetzes sowie die Änderung des Strafgesetzbuches.

Wenn die Parlamentarier im Herbst wieder an die Arbeit gehen, werden sie sich vor allem mit den großen sozialpolitischen Vorlagen zu befassen haben. Die CDU/CSU-Fraktion strebt an, daß das Sozialpaket spätestens bis zum Frühjahr fertig beraten wird. Außerdem soll die Beratung der Notstandsgesetzgebung dann vorangetrieben werden sowie die Beratung der großen Rechtsreformen, die Aktienrechtsreform, die Urheberrechtsreform und die Neuordnung des Verkehrsrechts. Die endgültige Entscheidung über die Neuordnung der Kriegsofferversorgung muß dann ebenfalls fallen.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Zum Vorsitzenden gewählt

Der CDU-Landtagsabgeordnete Paul Scholz (Bottrop), der erst kürzlich zum Vorsitzenden des Landesvertriebenenausschusses der CDU Westfalen wieder gewählt worden ist, wurde Vorsitzender des vom Landesverband Nordrhein-Westfalen des Bundes der Vertriebenen und der Deutschen Jugend des Ostens gegründeten „Gesamtdeutschen Ferien- und Bildungswerks“. Ziel dieser Einrichtung ist es, junge Menschen mit den Problemen der Teilung Deutschlands bekanntzumachen.

Vertriebenenausschüsse bilden

Auf einer Tagung des CDU-Landesvertriebenenausschusses Hannover wurden alle CDU-Ortsverbände aufgefordert, Vertriebenenausschüsse zu bilden, um die Arbeit auf dem Vertriebenen- und Flüchtlingssektor intensivieren zu können. Der Vorsitzende des Ausschusses, Bundestagsabgeordneter Ernst Kuntscher (Stade), hatte einleitend über die grundsätzliche Bedeutung der Vertriebenenausschüsse referiert.

Das Unrecht anprangern

Vertriebenenarbeit soll verstärkt unterstützt werden

Die baldige rechtliche Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge mit den Heimatvertriebenen hat der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in der schleswig-holsteinischen CDU, Dr. Heinz Kiekebusch, auf dem Parteitag der CDU Schleswig-Holstein gefordert.

Kiekebusch betonte, daß in der Vertriebenen- und Flüchtlingsgesetzgebung die Initiative nicht der Opposition überlassen werden dürfe. Als Beispiel für eine gute Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik nannte er Schleswig-Holstein, das bereits vor zehn Jahren einen Wirtschaftsfonds für Flüchtlinge und vor vier Jahren weitere Betreuungsstellen für die Menschen aus Mitteldeutschland geschaffen habe.

Der Redner begrüßte in seinem Arbeitsbericht, daß Schleswig-Holstein bereits von Anfang an unter Führung der CDU den Ostkunde-Unterricht in der Schule eingeführt habe. Er vertrete darüber hinaus die Ansicht, daß an den Schulen, Hochschulen wie bei der gesamten politischen Arbeit noch stärker als bisher auf die Unfreiheit unserer in Mitteldeutschland lebenden Brüder und Schwestern hingewiesen werden müsse. Er erklärte: „Die CDU als die große deutsche Volkspartei hat hier unablässig aufzuklären und das gesamtdeutsche Gewissen zu schärfen.“

Die Arbeitsgemeinschaft, der 63 stimmberechtigte Vertreter, davon etwa 40 Landtags-, Kreistags- oder Kommunalabgeord-

nete angehören, plant für die nächsten Monate mehrere Tagungen, die sich mit Vertriebenen- und Flüchtlingsproblemen befassen. So sind für August Tagungen in Schleswig und Lübeck mit Landesinnenminister Dr. Schlegelberger und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Czaja vorgesehen. Im September wird in Heide Bundesminister Barzel sprechen.

Kiekebusch sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, daß der Landesverband der vertriebenen Deutschen, der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zusammenfaßt, sowie die landsmannschaftlichen Gruppen und Heimatkreise nach wie vor von staatlichen und kommunalen Stellen in Schleswig-Holstein besonders gefördert werden. Er erklärte dazu: „Jede politische Partei kann nur dankbar sein, daß sich im vorpolitischen Raum diese großen Verbände gebildet und erhalten haben, die zu ihrem Teil die gesamtdeutschen Gedanken wachhalten und vertiefen, zu denen sich der Bundestag und die in ihm vertretenen Parteien seit Gründung der Bundesrepublik immer wieder so klar und so einmütig bekannten.“

Landesgruppentagung

Union der Vertriebenen beriet über ihre weitere Tätigkeit

In München beriet am 22. und 23. Juni die Landesgruppenversammlung der Union der Vertriebenen in der CSU (UdV) über ihre weitere Tätigkeit in der CDU/CSU. Nach einem Rückblick des Landesgruppenobmanns, Franz Gaksch, MdL, warnte der Landtagsabgeordnete Dr. Neuwrith vor jeder Einengung der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Oberstudiendirektor Arnold (MdL) legte die praktischen Auswirkungen der kulturellen Tradition im Rahmen des Eingliederungsprozesses dar und unterstrich die Notwendigkeit, ostdeutsche Kulturtraditionen zu erhalten.

Staatssekretär Gerhard Wachter wies darauf hin, die CSU habe immer schon erklärt, daß die Vertreibung von 14 Millionen Ostdeutschen das Ergebnis leninistisch-stalinistischer Politik sei. Niemand sei befugt, im Namen der Heimatvertriebenen Verzichtserklärungen auszusprechen. Das Recht auf Heimat sei ein legitimer Anspruch.

Staatssekretär Hans Schütz betonte, daß man sich daran gewöhnt hätte, den BHE als die politische Repräsentanz der Heimatvertriebenen anzusehen, obwohl er in seiner besten Zeit nur ein Viertel der Vertriebenenstimmen repräsentiert habe. Das Gros der Heimatvertriebenen gehöre den großen Parteien an, vor allem der CDU/CSU, die die gesamte Gesetzgebung zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems maßgebend gestaltet habe.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.:

„Die aus allen Teilen des Landes beachtlich gut beschickte Tagung befaßte sich eingehend mit den Problemen der

Vertriebenen und Flüchtlinge für die Bundes- und Landespolitik. Mit Genugtuung gingen die Delegierten davon aus, daß bei der Kabinettsbildung zwei Vertrauensleute ihres Kreises zu Kabinettsmitgliedern berufen wurden.

In einer Zeit, wo in weltweitem Ausmaße alles zu fließen scheint, wird nicht nur die deutsche Ausgangsposition, sondern auch jene der ganzen freien Welt durch ein Abgleiten von der Rechtsbasis gefährdet. Das Selbstbestimmungsrecht wird seine Wirkung, Baustein einer neuen Welt zu sein, nur dann erfüllen können, wenn es keinem Volk und keiner Volksgruppe vorenthalten wird.

Die von den Unionsparteien getragene Politik in Bund und Land hat über die Vollbeschäftigung wesentlich zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge beigetragen. Die vertriebenen Bauern freilich konnten nur zu einem schmerzlich geringen Teil in ihrem eigenen Beruf ausreichende Beschäftigung finden. Deshalb dürfen die ohnehin nur bescheidenen Maßnahmen zu ihrer Eingliederung nicht beschränkt werden.

Die Förderung der selbständigen Unternehmer in der gewerblichen Wirtschaft und in den freien Berufen durch die bisherigen Steuerbegünstigungen darf auf keinen Fall gestoppt werden.

Die UdV ruft alle Vertriebenen und Flüchtlinge auf, ihre politischen Anliegen durch die aktive Mitarbeit in der CSU zu vertreten.

Von der CSU als einer Volkspartei erwartet die Landesgruppe der UdV, daß in ihren Reihen die Vertriebenen und Flüchtlinge nicht nur als Mitglieder und Vertrauensleute Gelegenheit zur Mitarbeit finden, sondern, daß sie dieser großen Gruppe des Staats- und Wirtschaftsvolkes glaubhaft zeigt, daß die Union auch ihre politische Heimat ist.“

Mit großer Mehrheit wurde Landtagsabgeordneter Franz Gaksch wieder zum Landesobmann der UdV gewählt. Erneut in den Landesvorstand wurden berufen: Mikolaschek, Dr. Arnold, Dr. Neuwrith, MdL Leukert, Kerl, Glaser, Hußla, M. Huber, Stellvertreter des Landesobmannes wurden Dr. Arnold und Huber.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Mitgehört - mitgelesen

In den ersten Pressestimmen zum Ablauf des FDP-Parteitag sind kritische Stellungnahmen enthalten, die sich vor allem mit dem Hervortreten von Thomas Dehler befassen, aber auch die sozialpolitische Diskussion auf dem Parteitag behandeln.

„Aufschlußreich für die Stimmung in der FDP war auch die spontane Ovation, als Mende in einem Nebensatz seiner Rede den Namen des oberfränkischen Liberalen Thomas Dehler erwähnte, in dem viele Freie Demokraten offenkundig immer noch eine Art personifizierten Hort der Freiheit erblickten. Dehler war ein Gegner der von Mende im vergangenen Bundestagswahlkampf erfolgreich vertretenen Parole: Keine Koalition mit der SPD. Heute kann von dieser Haltung — trotz aller Versicherungen, die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU in Bonn bis 1965 in gutem Geist fortzusetzen — keine Rede mehr sein. Man darf wohl sagen, daß sich die Richtung Dehlers in der Partei wieder durchgesetzt hat, ohne daß Dehler es nötig gehabt hätte, sich an die Spitze einer Parteiopposition zu setzen.“

„Deutsche Zeitung“, 2. 7. 1963

„Der Akzent des Münchener Parteitag liegt nach der mißglückten ‚Öffnung nach rechts‘ und dem ebenfalls erfolglosen Düsseldorf Experiment von 1956 jetzt auf der Forderung, aus der FDP, die sich bei internen Meinungsverschiedenheiten gern eine Partei der Individualisten nennt, eine Volkspartei zu machen.“

Es gehört zum klassischen Wesen einer liberalen Partei, auf Kraft und Initiative des Einzelnen zu setzen. Das hat nicht wenige Wähler bei der FDP gehalten. Wird auch die FDP zum Herold des übertriebenen Wohlfahrtsstaates, läuft sie Gefahr, liberale Wähler zu verlieren und dafür keine aus den großen Parteien zu bekommen. Die machen schon die Sozialpolitik, der sich die FDP offenbar anschließen will. Beginnt sie nach Ems und Düsseldorf ein drittes Mal gewagt zu experimentieren, riskiert sie Verluste. Das kann die Rolle des ausschlaggebenden Faktors kosten.“

„Münchener Merkur“, 2. 7. 1963

„Es wird weitgehend an Dr. Thomas Dehler liegen, ob Dr. Mende wieder als strahlender Sieger aus diesem Parteitag hervorgeht, oder ob andere Politiker stärker in den Vordergrund rücken, die zwar Dr. Mende noch keinesfalls im Parteivorsitz ablösen werden, aber doch stärkeren Einfluß auf eine Parteipolitik nehmen, die dann nicht in allen Punkten bei der bisherigen Konzeption Dr. Mendes stehen bleiben wird.“

„Trierischer Volksfreund“, 2. 7. 1963

Aussiedler

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind im Flüchtlingsdurchgangslager Friedland insgesamt 6029 Aussiedler aus den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten eingetroffen. 87 Rückkehrer kamen aus der Sowjetunion zurück.

„Ein schlechtes Gewissen“

SPD blockiert Ermittlungen gegen Merten und Jahn

Die SPD ist offensichtlich nicht bereit, sich an der schnellen Aufklärung der „Dokumentenaffäre“ zu beteiligen, durch die die SPD-Bundestagsabgeordneten Jahn und Merten in den schweren Verdacht geraten sind, Staatsgeheimnisse verraten zu haben.

Nachdem die SPD monatelang der Öffentlichkeit die skandalöse Tatsache verschwiegen, daß ihr parlamentarischer Geschäftsführer Jahn ein geheimes Protokoll an den „Spiegel“ weitergegeben hat, weigerte sie sich in der vergangenen Woche, die Immunität ihrer beiden belasteten Abgeordneten Merten und Jahn aufheben zu lassen. Damit sind die Untersuchungen der Bundesanwaltschaft um drei Monate blockiert.

„Wer die Aufklärung einer so schwerwiegenden Affäre um eine solch lange Zeit verzögert, muß ein sehr schlechtes Gewissen haben, vor allem dann, wenn er das Wort von der Sauberkeit im Staat bei jeder Gelegenheit im Munde führt,“ heißt

es dazu in einer Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Bei der Durchsuchung des „Spiegel“-Archivs im November vergangenen Jahres waren auch zwei Geheimdokumente des Verteidigungsausschusses entdeckt worden, von denen zweifelsfrei eines, wie die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft ergaben, über die SPD-Bundestagsabgeordneten Merten und Jahn in den Besitz des „Spiegels“ gelangte. Vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß haben Merten und Jahn inzwischen zugegeben, sich beim Umgang mit Geheimdokumenten unkorrekt verhalten zu haben.

Leber erneuert Kritik am DGB

Der Vorsitzende der Baugewerkschaft setzte sich in Berlin durch

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden im DGB, Leber, hat auf dem am 29. Juni in Berlin zu Ende gegangenen 6. ordentlichen Gewerkschaftstag seiner Industriegewerkschaft noch einmal seine Haltung zur Notstandsgesetzgebung umrissen.

Wie wir bereits in der letzten Nummer von Union in Deutschland meldeten, sind auf dem Gewerkschaftskongreß zehn verschiedene, aber in der Grundhaltung einheitliche Anträge zum Thema Notstandsgesetzgebung eingereicht worden. Darin wurde Leber direkt bzw. indirekt wegen seiner Äußerungen zu diesem Gesetzeskomplex kritisiert. Georg Leber, der mit den Funktionären des DGB in einen Meinungsstreit wegen seiner Haltung zur Notstandsgesetzgebung geraten ist, betonte auch in Berlin, daß die auf dem letzten DGB-Kongreß in Hannover beschlos-

sene Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung geeignet sei, das politische Ansehen des DGB und seine Autorität als einer den demokratischen Staat mittragende Institution in Zweifel zu ziehen.

Die Radikalen in der IG Bau-Steine-Erden sowie die völlig ablehnende Haltung der Führungsgremien des DGB zur Frage des Notstandsrechts haben es nicht vermocht, Leber in seiner Führungsposition zu erschüttern. Er ist mit 236 Stimmen bei 20 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen in seinem Amt bestätigt worden.

Wieder nicht neutral

Gewerkschaftsfunktionäre verteilen SPD-Flugblatt in Betrieben

Wir haben in der letzten Ausgabe dieses Informationsdienstes auf ein Beispiel hingewiesen, das zeigt, wie die SPD in den Betrieben Stimmung gegen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien macht.

Dabei erinnerten wir auch an eine These des SPD-Parteitag von 1954, in der festgelegt wurde, daß Betriebe und Verwaltungen zu „Hochburgen sozialdemokratischen Einflusses“ gemacht werden sollen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Sozialdemokratie auch der Mithilfe von Gewerkschaftsfunktionären in den Betrieben. Im Saarland wird seit einiger Zeit von Gewerkschaftern ein von der SPD herausgegebenes Flugblatt in vielen Unternehmen verteilt. Dieses Flugblatt enthält den Auszug aus einer stark polemischen Wahlkampfrede des Berliner Bürgermeister Brandt aus dem Jahre 1961.

Man kann sicher über den politischen Geschmack und Stil der Leute streiten, die in der SPD Reden und Flugblätter für

ihre führenden Funktionäre entwerfen. Eins sollte aber klar sein: Betriebe und damit auch die Arbeitsplätze der Arbeiter und Angestellten sollten freibleiben von den Versuchen, den politischen Gegner zu diffamieren. Es ist auch nicht die Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben, sich als Wahlhelfer der Sozialdemokratie vor den Wahlkampfkarren spannen zu lassen.

Die Spitzengremien des DGB sollten gerade bei den angekündigten Reformversuchen diese Frage nicht unbeachtet lassen. Die „parteipolitische Neutralität“, die der DGB manchmal gern für sich in Anspruch nimmt, wird auch beurteilt nach der Arbeit, die die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben leisten.